

Editorial #18: Machen die neuen Dienstvorschriften bei den Carabineros wirklich einen Unterschied in der Anwendung?

23. September 2021

Ana Piquer, Exekutivdirektorin von Amnesty International Chile, übersetzt von Hans Jahreiss, 16.10.2021

Am 19. September gab es wieder Demonstrationen anlässlich einer Militärparade und wieder gab es besorgniserregende Bilder von Gewaltexzessen durch die Carabineros. Bei diesen Bildern konnte man Szenen von unnötiger Gewaltanwendung bei Festnahmen sehen, ebenso Schläge für einen Beobachter der Einhaltung von Menschenrechten sowie der undifferenzierte Gebrauch von Tränengas in einer Wohngegend.

Die Tatsache, dass einige Barrikaden errichteten, welche den Verkehrsfluss hemmten, rechtfertigt nicht das polizeiliche Vorgehen. Wenn Gewalt angewendet werden muss, so muss dies im proportionalen Ausmaß geschehen ohne jene zu beeinträchtigen, die sich friedlich versammeln, jene die anwesend sind ohne an der Demonstration teilzunehmen und jene die als Beobachter teilnehmen oder um darüber zu berichten wie Menschenrechtsbeobachter:innen, Journalist:innen oder Fotograf:innen.

Ironischerweise wurden am darauffolgenden Tag, den 20. September im Amtsblatt die neuen Vorschriften der Carabineros zur Kontrolle der Einhaltung der öffentlichen Ordnung veröffentlicht. Ende Juni wurde dies mit großem Nachdruck in der Presse angekündigt mit Erklärungen des Staatssekretärs (subsecretario) Galli, welcher einige Details preisgab. Deswegen haben wir von Amnesty International diese Vorschriften bereits Anfang Juli unter Verweis auf das Transparenzgesetz sowohl von der Staatssekretärin des Inneren (subsecretaria del Interior) als auch von den Carabineros eingefordert. Die Innenstaatssekretärin leitete diese Anfrage weiter an die Carabineros, welche von dort jedoch unbeantwortet blieb, so dass wir eine Anfrage an den Rat für Transparenz (Consejo Para La Transparencia) richteten, welche ebenso bislang unbeantwortet blieb. Die Carabineros teilten auf unsere direkte Anfrage mit, keine Einsicht gewähren zu können, da keine Genehmigung hierfür vorliege, und die Dokumente deshalb noch nicht amtlich seien.

Nunmehr, fast zwei Monate nach der Ankündigung wurden sie publik. Hierzu zwei Überlegungen:

Erstens, ist dies die Dringlichkeit, welche die Regierung dem schwerwiegenden Problem der polizeilichen Gewaltanwendung gibt, welchem wir nun schon so lange

ausgeliefert sind? Eine inhaltslose Ankündigung von Vorschriften, die nicht einmal vollständig autorisiert sind, zwar einigen Medien, aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, und über deren Entscheidung zur Publikation man einige Wochen lang zögert.

Zweitens, und nach einer ersten Analyse, wenngleich es einige Verbesserungen in diesen Vorschriften geben mag, so bleiben doch einige beunruhigende Aspekte. Allerdings bleibt über diese erste Analyse hinaus eine weitere Sorge: Werden diese neuen Dienstvorschriften wirklich einen Unterschied in deren Anwendung machen? Unsere Erfahrung ist, dass jedesmal, wenn die Vorschriften und Anweisungen abgeändert wurden, die polizeiliche Gewalt weiterhin exzessiv angewendet wurde und sich nur die Gestalt änderte. Statt Verletzungen durch Schrotkugeln sehen wir nun Verletzungen durch Tränengas, durch Rippenstöße und Schläge, den Gebrauch von Pfefferspray direkt in das Gesicht oder von Wasserwerfern direkt auf den Körper gerichtet und mit Chemikalien versetzt, die Verbrennungen verursachen. Dies geht weit über die Anweisungen in den Dienstvorschriften hinaus, es ist eine Frage der Kultur der Behörden mit ihrer Tradition der Straflosigkeit und Verdunkelung. Wenn nichts passiert, sobald diese Vorschriften nicht eingehalten werden, so wie jetzt geschehen, dann sind die [Änderungen] diese[r] Vorschriften rein kosmetischer Natur. Genau deswegen verlangen wir nicht nur eine Anpassung dieser Protokolle, sondern auch die Einsetzung einer neuen Polizei, eine vollständige und umfassende Änderung dieser Institution, welche auf allen Ebenen die Standards der Menschenrechte verinnerlicht und für Verantwortlichkeit und Transparenz steht, sowohl der Regierung als auch den Bürgern gegenüber.

[wurde von Übersetzer zum besseren Verständnis eingefügt]